



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2013/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 19. September 2013, 18:00 - 19:15 Uhr
Ort	im TELL-Saal, Bernstrasse 101, Ostermundigen
Vorsitzende	Müller Lucia (SVP) _____ 1
Mitglieder	Biner Jacques (SP) Blaser Peter (SP) Burckhardt Andreas (Grüne) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Grossniklaus Bruno (SP) Kehrli Rudolf (SP) Mahler Rudolf (SP) Nova Colette (SP) Ögüt Hasan (SP) Riesen Norbert (SP) Weishaupt Jakob (SP) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (parteilos) _____ 13 Friedli Hans Peter (SVP) Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneiter Roger (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 7 Bolliger Renate (EVP) Fels Silvia (EVP) Schröter Bruno (EVP) Wagner Rahel (EVP) _____ 4 Rutschi Raphael (FDP) Weibel Tobias (FDP) Werner Michael (FDP) _____ 3 Rüfli Roland (FORUM) Schaller Esther (FORUM) _____ 2 Luyet Cédric (GLP) Gasser Melanie (GLP) Toggwiler Annette (GLP) _____ 3 Löhner Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 Total anwesend <u>35</u>

Mitglieder Gemeinderat

Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Alike (SVP), Schoop Henrik (FDP), Unteregger Schütz Regula (SP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos) sowie

die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara und die pensionierte
Gemeindeschreiberin Meyer Marianne

Protokoll

Kumli Jürg, Ratssekretär und Gemeindeschreiber Stv.

Entschuldigt

Mitglieder des GGR:

Bendoza Thomas (FORUM), Burri Simon (SVP), Hubschmid Roger (FDP), Studer Martin (SVP) und Weber Marlis (parteilos)

Mitglieder des Gemeinderates:

--

TRAKTANDEN

34.	Protokoll der 3. Sitzung vom 16. Mai 2013; Genehmigung.....	87
35.	Behörden- und Verwaltungsreform (BVR); Teilprojekt WoV; Kreditabrechnung	88
36.	Motion Bruno Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend, Ja zum Hangar! Berichterstattung	89
37.	Motion Norbert Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Monitoring zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Mitarbeit in interkommunalen Organisationen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	91
38.	Motion SVP-Fraktion betreffend Wiederaufnahme Belegungsstatistik TELL/Hangar in den Verwaltungsbericht; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	94
39.	Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend "Nein zur vorschnellen Rütibühl-Umzonung"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	95
40.	Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Schaffung von familienexternen Kinderbetreuungsplätzen; Beantwortung.....	99
41.	Einfache Anfrage Silvia Fels (EVP) betreffend Gewerbe Bernstrasse 140; Beantwortung.....	100

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 19. September 2013

42.	Einfache Anfrage Bruno Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Kindergartensituation in Ostermundigen; Beantwortung.....	101
43.	Orientierungen des Gemeinderates	102
	a) Vermietung Tell	102
	b) Sanierung Freibad.....	103
	c) RKBM; Sozialkonferenz.....	104
	d) Sanierungskredit Stadttheater Bern.....	105
44.	Volksmotion betreffend Errichtung einer Begegnungszone im Steingrübli; parlamentarischer Neueingang.....	106
45.	Motion FORUM-Fraktion betreffend Standortänderung des Hangars; parlamentarischer Neueingang.....	107
46.	Motion CVP/GLP-Fraktion betreffend Glasfasernetz in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	108
47.	Postulat EVP-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Nationalfeier in Ostermundigen am 1. August (statt 31. Juli) und Überprüfung der Gestaltung; parlamentarischer Neueingang.....	109
48.	Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sozialhilfe an EU-Zuzüger auch in Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang.....	110
49.	Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend geschalteter Inserate für "Ferieninsel Ostermundigen" in den Tageszeitungen "Der Bund" und "Berner Zeitung" vom 18.9.2013 und 19.9.2013; parlamentarischer Neueingang.....	111
50.	Einfache Anfrage Tobias Weibel (FDP) betreffend Fotoarchiv Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	112

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Walter Zysset (SVP) nimmt anstelle von Fabian Brauner neu Einsitz im Parlament.
2. Ebenfalls erstmals im Parlament dürfen wir die neue Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler, herzlich begrüssen.
3. Auf den Tischen wurde verteilt:
 - ① Anmeldung zur Agglomerationstagung 2013
4. Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **31. Oktober 2013** statt.
5. Der Ratsausflug findet am Freitag, 20. September 2013, statt. Treffpunkte sind um 16.00 Uhr beim WVRB (Pumpwerk neben Schönausteg) in Bern bzw. um 19.00 Uhr im Restaurant „Beaulieu“ zum Nachtessen.
6. Ersatz der ICT-Infrastruktur in den Schulen: Infoanlass am 17. Oktober 2013 von 08.00 bis 10.00 Uhr in der Schule Mösli.
7. Im Anschluss an die Sitzung ist im Restaurant Schlüssel reserviert.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 41: Orientierungen des Gemeinderates

- a. Vermietung Tell - Sprecher: T. Iten
- b. Sanierung Freibad Ostermundigen - Sprecherin: U. Lüthy
- c. RKBM; Konferenz Soziales - Sprecher: S. Ernst
- d. Sanierungskredit Stadttheater Bern - Sprecher: H. Schoop

Parlamentarische Neueingänge

- Volksmotion betreffend Errichtung einer Begegnungszone im Steingrübli
- Motion FORUM-Fraktion betreffend Standortänderung des Hangars
- Motion CVP/GLP-Fraktion betreffend Glasfasernetz in Ostermundigen
- Postulat EVP-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Nationalfeier in Ostermundigen am 1. August (statt 31. Juli) und Überprüfung der Gestaltung

- Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sozialhilfe an EU-Zuzüger auch in Ostermundigen?
- Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend geschalteter Inserate für „Ferieninsel Ostermundigen“ in den Tageszeitungen „Der Bund“ und „Berner Zeitung“ vom 18.09.2013 und 19.09.2013
- Einfache Anfrage Tobias Weibel (FDP) betreffend Fotoarchiv Ostermundigen

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

34. Protokoll der 3. Sitzung vom 16. Mai 2013; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zum vorliegenden Protokoll Nr. 3 liegen keine Bemerkungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 3 des Grossen Gemeinderates vom 16. Mai 2013 wird genehmigt.

10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform

35. Behörden- und Verwaltungsreform (BVR); Teilprojekt WoV; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Zum Geschäft liegen keine Wortmeldungen vor.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wenn das Parlament keine Anmerkungen vorzutragen hat, dann möchte ich ebenfalls auf Anmerkungen verzichten.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von der Kreditabrechnung Behörden- und Verwaltungsreform (BVR), Teilprojekt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV), abschliessend mit einer bewilligungspflichtigen Kostensumme von Fr. 182'557.55, wird Kenntnis genommen.
2. Das überparteiliche Postulat vom 3. Juli 2003 betreffend Überprüfung der Verwaltungsorganisation wird als erledigt abgeschlossen.

10.3.72 Motionen

63.14.10 Betriebskommission Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.680)

36. Motion Bruno Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend, Ja zum Hangar! Berichterstattung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die gemeinderätliche Beantwortung konnte gelesen werden. Der Erstunterzeichner darf sich zur Motion noch äussern.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat die Berichterstattung mit Interesse zur Kenntnis genommen. Dem gemeinderätlichen Antrag auf Abschreibung der Motion können wir zustimmen. Viel wurde unternommen, um den Hangar zu sichern. In der Berichterstattung hadern wir mit dem letzten Satz (siehe Botschaft Seite 3), der da lautet: *...Offen ist noch, ob und in welchem Masse das Dach saniert werden muss.*

Der Hangar gehört zur Gemeinde Ostermundigen und kann auf eine lange Zeit zurück blicken. Er ist im Zusammenhang mit der Jugendarbeit sehr sinnvoll. Wir möchten den Gemeinderat darauf aufmerksam machen, dass eine Dachsanierung für eine langfristige Sicherung des Hangars unbedingt vorgenommen werden muss. Zum jetzigen Zeitpunkt kann erwähnt werden, dass bereits viel gemacht wurde - hier gebührt dem Gemeinderat ein Dankeschön. Einziger Wehrmutstropfen ist, dass der Gemeinderat durch den Grossen Gemeinderat angestossen werden musste, damit die Arbeiten vorgenommen wurden.

Wir sind mit der Abschreibung der Motion einverstanden. Wir werden weiterhin ein Augenmerk auf den Hangar richten und mit Argusaugen die Weiterentwicklung verfolgen.

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Das Hauptanliegen der Motionäre besteht in einem sicheren Hangar. Der Hangar ist ein Dauerthema in der Ostermundigen Politik. Der Gemeinderat teilt die Anliegen der Motionäre. Der Gemeinderat setzt sich für einen sicheren und ungestörten Betrieb des Hangars ein. Heute gibt es zwei Diskussionslinien um den Hangar:

1. Die Lage im Wohnquartier führt zu gewissem Konfliktpotenzial.
2. Die bauliche Situation des Gebäudes resp. das Dach muss dringend saniert werden.

Im Finanzplan ist ein Betrag für die Dachsanierung eingestellt. Dieser Betrag muss nach Rücksprache mit den Spezialisten um mindestens das Fünffache vergrössert werden.

Der Gemeinderat bekennt sich zum Hangar und er hat alles für einen reibungslosen Betrieb unternommen. Doch die Zukunft des Hangars ist auch mit der Zukunft der Jugendarbeit verbunden. Es stellt sich die Frage, ob ein so grosses Jugendzentrum überhaupt notwendig ist? Sollten nicht mehrere kleinere Zentren resp. Jugendtreffpunkte in den Quartieren errichtet werden? Das Blickfeld muss geöffnet bzw. erweitert werden. Die Fragen über die Form der Jugendarbeit hat sich der Gemeinderat ebenfalls im Zusammenhang mit den Legislaturzielen gestellt. Solange diese Fragen durch den Gemeinderat nicht konkret beantwortet werden können, wird der Hangar wie bis anhin weiterbetrieben.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Ja zur Mundiger Jugend; Ja zum Hangar! wird beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen

37. Motion Norbert Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Monitoring zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Mitarbeit in interkommunalen Organisationen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die gemeinderätliche Beantwortung konnte gelesen werden. Der Erstunterzeichner darf sich zur Motion noch äussern.

Norbert Riesen (SP): Ich habe lange überlegt, ob ich zum Thema "Gemeindefusion" eine Motion bzw. ein Postulat einreichen soll. Doch ich habe mich letztendlich für die Motion zum Thema "Monitoring zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden" entschieden.

Es gäbe tatsächlich Gründe, die Gemeindefusionen in der Agglomeration Bern zu puschen. Die Gemeinde Ostermundigen wäre wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Nähe zur Stadt Bern für eine Fusion prädestiniert. Wenn ich von Bern und Umgebung spreche, dann liegen rund acht bis zehn Gemeinden im Perimeter, mit welchen die Gemeinde Ostermundigen in engerem Kontakt steht. Eine Fusion wäre dann nur sinnvoll, wenn alle acht bis zehn Gemeinden via Fusion zusammenarbeiten.

Es gibt auch Gründe, welche gegen eine Fusion sprechen. Die schweizerische Landschaft ist von oben zu betrachten. Im Prinzip ist die Stadt Bern zu klein. Doch Bern ist bedeutender als viele denken. Der beste Indikator dafür ist der Bahnhof Bern. Hier widerspiegelt sich die Wirtschaftskraft und der sich bewegende Personenverkehr. Der Bahnhof Bern kann schweizweit die zweithöchste Frequenz ausweisen.

Wieso habe ich das Thema nicht auf die Gemeindefusionen konzentriert?

1. Ich bin ein überzeugter Ostermundiger. Die Gemeinde Ostermundigen muss ihre Kräfte einsetzen, um die anfallenden Hausaufgaben zu erledigen. Wir haben viele Hausaufgaben und das Parlament kennt die unerledigten Geschäfte. Unsere Ressourcen sind beschränkt.
2. Was sinnvoll und richtig ist, kämpft mit grossen Widerständen. Das wäre sicher auch bei einer Gemeindefusion der Fall. Die Identität der Leute wird gestört, d. h. die Leute würden sich nicht mehr wohl fühlen.
3. Mit einer Gemeindefusion würden sich die vielen Hausaufgaben nicht von selber lösen lassen.

Wieso finde ich die Zusammenarbeit so wichtig?

Das Monitoring sollte regelmässig und mindestens einmal pro Jahr aufgezeigt werden. Welche Auswirkungen hat ein bestimmter Sachverhalt (z. B. die Personenfreizügigkeit auf eidgenössischer Ebene)? Als Parlamentsmitglied kann ich nicht auf einfachem Weg in Erfahrung bringen, mit welchen umliegenden Gemeinden die Gemeinde Ostermundigen zusammenarbeitet. Wenn ich in Ittigen jemand antreffe, kann ich keine Auskunft über die gemeindeübergreifenden Geschäfte geben. Da wäre eine Übersicht sehr hilfreich.

Im Zusammenhang mit dem Budget bzw. dem Finanzplan wird dem Parlament jeweils eine Übersicht über die verschiedenen Projekte abgegeben. Ich bin mit dem Änderungswunsch des Gemeinderates einverstanden und kann der Wortänderung zustimmen.

Welche Art von Arbeiten könnten zusammen angegangen werden?

Die Schweiz ist ein Land der kleinen Schritte. Trotzdem sollten wir eine Vision bezüglich Stossrichtung haben. Es gibt viele einfache Sachen:

1. Zum Beispiel ein zentraler Materialeinkauf (bei grösserer Bestellung profitiere ich von einem besseren Preis).
2. Die Finanzverwaltungen können verstärkt zusammengelegt werden. Die Zahlen zwischen den Gemeinden können besser verglichen werden. Wie steht Ostermundigen im Vergleich mit der Gemeinde XY? Ich bräuchte einen gleichen Kontenrahmen und auf die gleiche Art und Weise müsste budgetiert und zugeteilt werden. Die Abschreibungsgrundsätze müssen identisch sein.
3. Abrechnungen des Kantons können oftmals nur schwer nachvollzogen werden. Hier sollen die Kräfte zusammengebündelt werden. Die Interventionsmöglichkeiten würden mehr Gewicht erhalten. Die Lastenverteilung kann nur sehr erschwert nachvollzogen werden.
4. Wir sollten in der Agglomeration Bern die wichtigen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger erkennen. Dabei darf es keine Rolle spielen, in welcher Gemeinde diese wichtigen Bedürfnisse angeboten werden. Im Kulturbereich werden wir von der Stadt Bern getrieben. Im Hallenbereich bzw. Infrastrukturen Sport sollte ein gemeinsamer Nenner gefunden werden und die Kosten müssen entsprechend verteilt werden. Hier kann die Gemeinde Interlaken (Bödéli-Gemeinden Interlaken, Unterseen, Matten) als gutes Beispiel dienen. In den Sportvereinen von Ostermundigen gibt es viele Mitglieder, welche nicht in Ostermundigen leben und umgekehrt. Mit vernünftigen Standards sollten die Kosten gleichmässig verteilt werden können. Der Schlüssel für die Lastenverteilung kann voraussichtlich nur die Einwohnerzahl sein. Die Steuerkraft wird bereits heute über den FILAG ausgeglichen.

Ich habe die Zeitungen ebenfalls gelesen. Für mich läuft der Sanierungskredit „Stadttheater Bern“ bereits in die falsche Richtung. Es fehlt die Strategie "was wollen wir"? Ist dieses Geschäft für Ostermundigen wichtig? Können wir von diesem Geschäft partizipieren? Gehört die Einrichtung "Stadttheater" in die Agglomeration Bern? Wenn ja, dann muss ein transparenter Finanzierungsschlüssel erstellt werden.

Ich möchte das Parlament bitten, die Motion zu überweisen. Mit der Änderung des Wortlautes bin ich einverstanden.

Ich möchte mein Votum mit einem Zitat von Martin Binswanger schliessen: *Abwarten bis man nicht mehr anders kann. So definiert sich das Gegenteil von politischer Intelligenz.*

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die Ausführungen zum Thema "Regionale Zusammenarbeit". Die ganze Thematik soll in einem Aufwasch erarbeitet werden. Wir befinden uns momentan in der Startphase. Die vorliegende Motion wird eine Erwei-

terung in der Thematik sein. Ich kann nicht garantieren, dass die Anmerkungen von Norbert Riesen (SP) eins zu eins übernommen werden. Die Diskussionen rund um das Controlling sind ohne grossen Datensalat nicht ohne weiteres zu führen. Der Durchblick sollte einfach und übersichtlich hergestellt werden.

- ① Das Votum zum Thema "Finanzen"
Bereits heute existiert ein reger Informationsaustausch zwischen den Gemeinden.
- ① Das Votum zum Thema "Sport"
Dieses Thema wird auch den Gemeinderat weiter beschäftigen. Eine gemeindeübergreifende Lösung soll im Vordergrund stehen.

Der Gemeinderat will die Bearbeitungsfrist um drei Monate - auf insgesamt 15 Monate - erhöhen und deshalb den Wortlaut der Motion dementsprechend korrigieren lassen.

Norbert Riesen (SP): In meinen drei Beispielen wollte ich drei mögliche Arten aufzeigen. Das Ganze ohne Anspruch auf diese Reihenfolge. Ein Teil ist sicher einfach zu realisieren und ein anderer Teil benötigt mehr Hirnschmalz. Ich bin der Auffassung, dass die Exekutive den Stein ins Rollen bringen muss und dass das Parlament seine Verantwortung nur mit einer transparenten Informationspolitik wahrnehmen kann.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion N. Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Monitoring zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Mitarbeit in interkommunalen Organisationen wird im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72	Motionen
30.4.60	Saalbau Tell
63.14.30	Unterhalt Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.682)

38. Motion SVP-Fraktion betreffend Wiederaufnahme Belegungsstatistik TELL/Hangar in den Verwaltungsbericht; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die gemeinderätliche Beantwortung konnte gelesen werden. Der Erstunterzeichner ist heute Abend abwesend. Somit dürfen sich die Mitunterzeichnenden zur Motion äussern.

Ernst Hirsiger (SVP): Der Motionär ist mit der Beantwortung einverstanden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion SVP-Fraktion betreffend Wiederaufnahme Belegungsstatistik Tell/Hangar in den Verwaltungsbericht wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.

10.3.72 Motionen

10.22.1.47 ZPÄ Dennigkofenweg (früher: 10.2247)

39. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend "Nein zur vorschnellen Rütibühl-Umzonung"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die gemeinderätliche Antwort konnte gelesen werden. Der Erstunterzeichner kann sich zur Motion äussern.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Die Beantwortung des Gemeinderates habe ich mit grossem Interesse gelesen. Ein wenig verwundert über das Geschriebene bin ich schon. Zuerst sind die kantonalen Rahmenbedingungen in Bezug auf das neue Raumplanungsgesetz abzuwarten. In den letzten Jahren wurden viele Freiflächen zugebaut. Allmählich macht sich in der Gemeinde Ostermundigen eine Müdigkeit für Neueinzonungen spürbar. Auch vom strategischen Gedanken her, ist eine Umzonung im Rütibühl nur schwer nachvollziehbar. Die heute noch vorhandenen Grünräume müssen erhalten bleiben und vor allem in den bestehenden Siedlungsstrukturen ist verdichtetes Bauen in Betracht zu ziehen. Das Baureglement ist beizuziehen und eventuell können an gewissen Orten ein oder zwei Stöcke mehr ausgebaut werden. Die Grünflächen dürfen nicht weiter zugebaut werden!

Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass die Motion in ein Postulat umzuwandeln sei. Dies wäre eine Premiere: Ich habe noch nie ein Postulat eingereicht und ich möchte an Bewährtem festhalten. Aus diesem Grund können die Mitunterzeichnenden und ich einer Umwandlung in ein Postulat nicht zustimmen.

Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne): Ich bin ebenfalls dafür, dass die Motion aufrechterhalten bleibt. Im "Der Bund" vom 19. Februar 1990 - vor mehr als 23 Jahren - haben Experten gemäss einer Studie festgestellt, dass im Zeitraum von 1946 bis 1988 4,32 m² Boden im Gebiet Bern-Nordost überbaut worden sind. Bereits damals wurde eingehend darauf hingewiesen, dass wir mehr Sorge zum Boden haben müssen. In dieser Zeitspanne wurden im Gebiet Bern-Nordost 70 % der ganzen Siedlungsfläche überbaut.

Die Fruchtfolgeflächen, welche vom Bund vorgeschrieben werden, müssen bestehen bleiben. Gemäss Studie fehlen im Kanton Bern insgesamt 6'000 m² an Fruchtfolgefläche. Wir müssen "Boden gutmachen" bzw. einen Marschhalt einschalten, ansonsten geht uns tatsächlich der Boden unter den Füßen verloren.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Überlegungen des Gemeinderates wurden in der Botschaft ausführlich beschrieben. Es gilt einige Hauptargumente zu beachten:

1. In der Landwirtschaftszone steht die ehemalige Gärtnerei. Die Gärtnerei kann mit den heutigen Bauvorschriften nicht saniert werden.
2. Das übergeordnete und strategische RGSK (Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept) geht davon aus, dass im Gebiet Wittigkofen langfristig eine Perspektive stattfinden soll.

3. Die Leitlinien zur Siedlungsentwicklung wurden vom Parlament im letzten Oktober zur Kenntnis genommen. Die Parzellen im Rütibühl werden in den Leitlinien explizit aufgeführt.

Mit diesen Überlegungen wollte der Gemeinderat das Geschäft in den Jahren 2008/2009 zügig vorantreiben. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass in letzter Zeit sich Veränderungen eingestellt haben. Mit dem neuen Raumplanungsgesetz ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, für den Standort Rütibühl eine Standortbestimmung zu machen. In Bezug auf die Gemeindeentwicklung ist ein Marschhalt erforderlich.

Noch erwähnen möchte ich, dass die Absichten des Gemeinderates in den Legislaturziele 2013 bis 2016 festgehalten werden. Ein Wegweiser als übergeordnetes Instrument soll erschaffen und auch vom Parlament verabschiedet werden. Ein Siedlungsrichtplan hat die notwendigen Grundlagen zu liefern. Zu guter Letzt muss eine Revision oder Teilrevision der baurechtlichen Grundordnung in Erwägung gezogen werden.

2. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Ich kann den Ausführungen des Gemeindepräsidenten nur zum Teil folgen. Trotzdem wollen wir die Motion aufrecht erhalten und nicht in ein Postulat umwandeln lassen.

Der Gemeinderat soll sich Überlegungen zum verdichteten Bauen machen, ohne das Rütibühl umzuzonen. Wenn das Rütibühl eingezont wird, dann wird auf einmal die ganze Fläche zwischen Freibad und Rütibühl eingezont. Die Reklamationen, dass die Gäste im Freibad so laut seien, sind bereits vorprogrammiert; der Hangar resp. Jugendhaus lässt diesbezüglich grüssen!

Die Leitlinien zum Siedlungskonzept wurden im letzten Herbst vom Parlament verabschiedet. Der GGR hat sich das Recht eingefordert, dass bei einzelnen Umzonungen interveniert werden kann. Dieser Sachverhalt ist im vorliegenden Fall gegeben. Wir sehen es als sinnvoll, wenn die Gemeindeentwicklung im bestehenden Siedlungsgebiet stattfinden wird. Die Gärtnerei im Rütibühl ist kein repräsentativer Standort von Ostermundigen. Auf der anderen Seite ist der Zustand nicht dermassen schlimm, dass unverzüglich eine Umzonung an die Hand genommen werden muss.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Ich stehe hier als ehemaliger Bauernsohn am Rednerpult und nicht als Sprecher der SVP-Fraktion. Eine Umzonung im Rütibühl ist nicht erforderlich. Der Landwirt Gosteli hat seinen Landwirtschaftsbetrieb auf den neuesten Stand gehievt. Er ist um jedes Stück Ackerland froh. Die Familie Gosteli hat einen Abnahmevertrag mit der Firma Emmi und benötigt Landwirtschaftsland in der Umgebung. Das Aufräumen der ehemaligen Gärtnerei ist nicht dermassen schlimm, dass eine Umzonung des Landes vorgenommen werden muss.

Michael Werner (FDP): Nein zur vorschnellen Rütibühl-Umzonung. Die ganze Angelegenheit hat mit den anonymen Artikeln schlecht begonnen. Ob dafür oder dagegen, Anonym „isch bireweich“ und ein schlechtes Mittel. Die FDP.Liberalen-Fraktion unterstützt das verdichtete Bauen, dieses Projekt steht unseres Erachtens dazu im Widerspruch. Es hat in Ostermundigen noch genügend andere Projekte, welche grössere Priorität haben. Auch die politischen

Nachkommen sollen noch über strategisch wichtige Einzonungen entscheiden können. Die FDP.Liberalen-Fraktion unterstützt die SP-/Grüne-/Gewerkschaften-Fraktion mit der Aufrechterhaltung der Motion.

1. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen eine Überbauung im Rütibühl. Trotzdem werden wir die Motion unterstützen. Auch wir sind der Meinung, es sei sinnvoll, die Planungen nochmals zu überprüfen. Wir finden, der Planungssperimeter ist ein Unort in Ostermundigen. Da sehen wir schon Handlungsbedarf. Aber es kann ja nicht sein, dass alle Unorte einfach überbaut werden, da sollten wenn möglich andere Lösungen angestrebt werden.

Das Problem im Rütibühl sehen wir vor allem auch in der Erschliessung von diesem Gebiet. In den Änderungen im Raumplanungsgesetz steht unter anderem:

Insbesondere sollen:

- a. *Wohn- und Arbeitsgebiete einander zweckmässig zugeordnet sein und schwergewichtig an Orten geplant werden, die auch mit dem öffentlichen Verkehr angemessen erschlossen sind.*

Wir fragen uns, ob das Rütibühl wirklich geeignetes Wohngebiet für Ostermundigen ist. Über die Erschliessung sollten vorgängig doch noch einige Gedanken gemacht werden:

- Wie ist die Erschliessung mit dem ÖV? Zurzeit ungenügend.
- Wie sieht es mit Kindergarten, Schule, Tagesschule und Kita aus?
- Wollen wir wirklich Neuzuzüger am äussersten Rand von Ostermundigen platzieren?

Wie gesagt, wir unterstützen die Motion, das bedeutet, die ganze Sache nochmals genau zu prüfen, was nicht heisst, dass nie gebaut werden kann. Aber die Umzonung eilt nach unserer Meinung auch nicht so sehr.

Sandra Löhner (CVP): Auch wir von der CVP/GLP-Fraktion unterstützen die Motion. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat nochmals die Notwendigkeit der Umzonung überprüft.

Ernst Hirsiger (SVP): Wir von der SVP-Fraktion sind nicht als Bauverhinderungspartei bekannt geworden. Wir haben das Geschäft eingehend diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass eine Umzonung nicht prioritär behandelt werden muss. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Neubauten in diesem Gebiet. Doch das Geschäft kennt keine Eile.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Auf einige Punkte möchte ich noch speziell hinweisen:

- ① Ich habe grosses Verständnis für das Votum von Hans Rudolf Hausammann (SVP) betreffend Landwirte bewirten das Land. Momentan bewirtschaftet ein anderer Landwirt die erwähnte Parzelle.

- ① Zu Freibad und Lärmemissionen: Die Fruchtfolgeflächen - wie von Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne) erwähnt - können im Rütibühl bzw. Dennigkofengässli nicht angewendet werden.
- ① Die Gärtnerei abreissen oder nicht abreissen: Die Schwierigkeiten liegen darin, dass der Eigentümer bereits mehrmals versucht hat, einen Nachfolgebetrieb anzusiedeln. Das Haus kann nicht ohne weiteres abgebrochen und ein Neubau erstellt werden. Die Gemeinde Ostermundigen kann dem Grundeigentümer keine Auflagen erteilen.
- ① Leitlinien der Siedlungsentwicklung: Ein noch zu erstellender "Wegweiser Gemeindeentwicklung 2025" soll im Parlament diskutiert werden. In der Planungskommission wie auch im Gemeinderat wurde die Errichtung eines solchen Wegweisers bereits besprochen. Der Wegweiser wird vom Parlament genehmigt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Erstunterzeichner kann einer Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht zustimmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 0 den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend "Nein zur vorschnellen Rütibühl-Umzonung" wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen
63.6.52 Offene Kinder- und Jugendarbeit

40. Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Schaffung von familienexternen Kinderbetreuungsplätzen; Beantwortung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates wurde allen Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

Priska Zeyer (parteilos): Besten Dank für die gemeinderätlichen Antworten. Die Gemeinde Ostermundigen hat trotz der angespannten Finanzlage viel unternommen, um die Situation zu entschärfen. Die Warteliste ist nach wie vor lang. Leider ist es nicht möglich, mehr zu unternehmen.

Ein Wehrmutstropfen bleibt bestehen. Die Frage Nr. 4 (Seite 3 der Botschaft) wurde wie folgt beantwortet: *...Die Eltern erhalten beim Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz Auskunft (Familienkoordinationsstelle), was für Möglichkeiten sie für die Betreuung ihrer Kinder wahrnehmen können. Ein garantierter Platz kann aber nicht angeboten werden.*

Ich habe mich über die Antwort sehr gefreut. Die Freude hielt nicht lange an; auf der Homepage gibt es die Familienkoordinationsstelle bis heute immer noch nicht. Wenn schon in der Beantwortung der Interpellation darauf hingewiesen wird, dann sollte die Familienkoordinationsstelle auf der Gemeindehomepage aufgeschaltet sein. Eine Telefonnummer zum Jugendamt würde bereits genügen, um Auskünfte zu den verschiedenen Betreuungsangeboten zu erhalten.

- Die Forderungen zu diesem Thema wurden bereits an der letzten Sitzung zum wiederholten Male erwähnt (siehe GGR-Protokoll Nr. 3 vom 16. Mai 2013 auf Seite 63).
- Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.75 Einfache Anfragen
30.1.03 Statistiken, Berichte
50.7.17 Gewerbebewilligungen

41. Einfache Anfrage Silvia Fels (EVP) betreffend Gewerbe Bernstrasse 140; Beantwortung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates wurde allen Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der einfachen Anfrage Kenntnis.

10.3.75 Einfache Anfragen
13.3.00 Allgemeines
30.4.30 Kindergärten Allgemein

42. Einfache Anfrage Bruno Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Kindergartensituation in Ostermundigen; Beantwortung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates wurde allen Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der einfachen Anfrage Kenntnis.

43. Orientierungen des Gemeinderates

30.4.61 Restaurant Tell

a) Vermietung Tell

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Gemeinderat hat für die Übergangszeit bis zum Vorliegen eines konkreten Neubauprojektes mit Frau Stefanie Affolter einen befristeten Pachtvertrag für die Räumlichkeiten des ehemaligen Restaurants Tell abgeschlossen. Der Vertrag wurde auf drei Jahre befristet abgeschlossen. Je nach Fortschritt des Neubauprojekts auf dem Tellareal kann ein weiterer befristeter Vertrag unterzeichnet werden.

Im Vergleich zur vorherigen Vermietungen hat der Gemeinderat keine Sanierungen an der Liegenschaft bewilligt, das Objekt wurde im bestehenden Zustand übernommen. Die Vorstellung des Betriebskonzepts des „Kulturbistros“ sowie der Ziele von Frau Affolter erfolgen im Rahmen einer Medienorientierung am 24. September 2013 um 14 Uhr. Am gleichen Tag wird das Kulturbistro eröffnet.

30.4.83 Freibad

b) Sanierung Freibad

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Aufgrund mehrerer Nachfragen aus der Bevölkerung und von Parlamentsangehörigen informiere ich heute über den Stand der Beckensanierung des Freibads Ostermundigen:

Am 14. März 2013 stimmte der GGR dem Ausführungskredit von 4 Millionen Franken einstimmig zu. Am 9. Juni 2013 stimmte der Ostermundiger Souverän mit über 86 % Ja-Stimmen-Anteil dem Kredit zu.

Parallel zum Genehmigungsverfahren wurden die wichtigsten Arbeiten (Baumeister, Badewassertechnik und Edelstahlarbeiten) öffentlich im Simap.ch (= offizielles öffentliches Ausschreibungsportal ganze Schweiz) ausgeschrieben. Die eingegangenen Offerten wurden geprüft, bewertet und die Zuschläge am 26. Juni 2013 durch den Gemeinderat gemäss den Anträgen der Abteilung Hochbau verfügt. Gegen die Zuschlagsverfügungen für die Baumeisterarbeiten und Edelstahlarbeiten wurde je eine Beschwerde beim Regierungsstatthalter eingereicht.

- Baumeisterarbeiten

In den nächsten Tagen wird der Entscheid des Regierungsstatthalteramts erwartet. Da die aufschiebende Wirkung nicht verlangt wurde, kann der Werkvertrag gemäss Zuschlagsverfügung abgeschlossen werden. Eine Terminverzögerung aufgrund der Einsprache Baumeisterarbeiten ist nicht zu erwarten.

- Edelstahlarbeiten

In der Beschwerde gegen die Zuschlagsverfügung beantragt der unterliegende Anbieter die aufschiebende Wirkung. In erster Instanz (Regierungsstatthalteramt) wurde die aufschiebende Wirkung mit einer Zwischenverfügung nicht erteilt. Daraufhin wurde eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde deponiert. Das Verwaltungsgericht stützte den Entscheid des Regierungsstatthalteramts nicht und hat die aufschiebende Wirkung erteilt. Das heisst, die Gemeinde darf bis zum Gesamtentscheid des Regierungsstatthalteramts keine Edelstahlarbeiten vergeben. In den nächsten Tagen erwarten wir nun den Gesamtentscheid des Regierungsstatthalteramts über die Beschwerde. Es entscheidet über den Zuschlag. Sofern der Entscheid nicht beim Verwaltungsgericht angefochten wird, werden wir unverzüglich mit der Sanierung der Becken beginnen.

- Der langer Rede kurzer Sinn

Heute ist zu erwarten, dass die Sanierung im Winterhalbjahr 2013/2014 erfolgen kann; es steht aber noch nicht fest, welche Firma die Edelstahlarbeiten ausführen wird.

60.1.00 Allgemeines

c) RKBM; Sozialkonferenz

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Noch bevor das Verfahren abgeschlossen ist, steht fest, dass eine Konferenz Soziales in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) nicht zustande kommt. Die Geschäftsleitung der RKBM hat am 6. September festgestellt, dass nach den Entscheiden von rund der Hälfte der Gemeinden das nötige Quorum von 360'000 Stimmen nicht erreicht wird „und die Konferenz Soziales in dieser Form als gescheitert betrachtet werden muss“.

Der Gemeinderat hat über den Beitritt der Gemeinde Ostermundigen noch nicht definitiv entschieden. Die Frist für den Entscheid würde erst am 20. Oktober 2013 definitiv ablaufen. In der Vernehmlassung aber hatte er sich positiv zur Schaffung einer Konferenz Soziales geäussert und einen Beitritt in Aussicht gestellt. Vor diesem Hintergrund ist er über das Scheitern des Vorhabens enttäuscht.

Eine eigene Konferenz hätte nach Meinung des Gemeinderats im Sozialbereich die Position der Gemeinden RKBM gegenüber dem Kanton gefördert und gestärkt. Gerade angesichts des zunehmenden Spardrucks wäre ein solches Instrument nötig gewesen, um die Verschiebung von Lasten vom Kanton zu den Gemeinden zu verhindern. Es fehlt jetzt eine regionale Plattform, über welche die Gemeinden wichtige, sozialpolitische Anliegen koordinieren könnten. Besonders problematisch ist die Entwicklung im Bereich der Altersplanung, wo die jetzt wegfallende Sozialkommission der Regionalkonferenz als regionale Ansprechpartnerin des Kantons tätig war.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten werden der Gemeinderat und die zuständige Abteilung im Sozialbereich dort nach Lösungen suchen, wo eine regionale Zusammenarbeit sinnvoll ist und die einzelnen Gemeinden entlasten kann.

15.1.11 Berner Stadttheater

d) Sanierungskredit Stadttheater Bern

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Gerne möchte ich das Parlament über den Gemeinderatsbeschluss vom 17. September 2013 betreffend freiwilligen Beitrag von Ostermundigen zur Stadttheatersanierung Bern informieren. Der Gemeinderat wird demnach dem Grosse Gemeinderat den folgenden Beschluss beantragen:

1. *Ostermundigen zahlt dem Stadttheater einen Beitrag von Fr. 250'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung an die Stadttheatersanierung. Mit dem Vorbehalt, dass 2/3 der Kerngemeinden sich solidarisch zeigen und ihrem Sanierungskredit zustimmen.*
2. *In einem Begleitschreiben zur Beschlusseröffnung an die Regionalkonferenz Bern-Mittelland wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Ostermundigen einen Sitz in einem wichtigen strategischen Gremium der Kultur der Stadt Bern beansprucht. Der Gemeinderat steht hinter der Sanierung des Stadttheaters. Mit dem Betrag von Fr. 250'000.00 zeigt Ostermundigen seine Solidarität zur Stadt und zur Region.*

Wegen der finanziell angeschlagenen Situation der Gemeindefinanzen wird nicht der volle Betrag von Fr. 340'000.00 bezahlt. Alle weiteren Informationen folgen im GGR-Versand. Der GGR entscheidet an der Sitzung vom 31. Oktober 2013 über den freiwilligen Beitrag ans Stadttheater Bern.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Besten Dank für die gemeinderätlichen Informationen.

Ich möchte noch nachträglich darauf hinweisen, dass am nächsten Samstag (21. September 2013) die KiTa Oberfeld zum „Tag der offenen Tür“ einlädt.

10.3.72 Motionen
50.871.40 Temporegelung

44. Volksmotion betreffend Errichtung einer Begegnungszone im Steingrübli; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, am Steingrübliweg eine Begegnungszone einzurichten. Die geänderte Strassensignalisationsverordnung (SSV, insbesondere Art.22b) und die eidgenössische Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen sollen berücksichtigt werden.

Begründung

Die Verkehrssicherheit ist auf dem schmalen Quartiersträsschen durch zunehmenden Motorfahrzeugverkehr nicht mehr gewährleistet. Vor allem ältere Leute und Kinder müssen auf diesem trottoirlosen Abschnitt besser geschützt werden. Durch die bei einer Begegnungszone signalisierte und durch gestalterische Massnahmen erreichte Geschwindigkeitsreduktion verkürzt sich der Anhalteweg stark und gleichzeitig wird die Aufmerksamkeit der Fahrzeugführer geschärft. Das kann im Konfliktfall der älteren Person oder dem unvorsichtigen Kind das Leben retten und den Fahrzeugführer vor den schweren moralischen und rechtlichen Folgen eines Unfalls mit Personenschaden bewahren.

sig. R. Mahler (SP) und 128 Mitunterzeichnende

10.3.72 **Motionen**
63.14.30 **Unterhalt Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.682)**

45. Motion FORUM-Fraktion betreffend Standortänderung des Hangars; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich für einen neuen Standort des Hangars einzusetzen. Er soll geeignete Massnahmen ergreifen, um den Hangar in den Bereich des ESP-Bahnhofs zu verschieben.

Begründung

Nebst der Überbauung Jurablick wird auch die Überbauung Oberfeld zunehmend in den Lärmbereich des Hangars kommen. Die bisherigen sowie auch die neuen Massnahmen zur Lärmbeschränkung (Motion Grossniklaus SP Geschäft 36 vom 19.9.2013 im GGR) werden auf die Dauer von den umliegenden Bewohnern nicht akzeptiert. Zudem verliert dieser Jugendtreffpunkt durch zu grosse Betriebseinschränkungen zunehmend an Attraktivität und kann auch zukünftig der zunehmenden Anzahl von Neuzuzügern nicht mehr gerecht werden.

Bevor es zu spät ist, soll ein geeigneter Hangar-Platz, ohne unerwünschte Nebenwirkungen für die dortigen Bewohner, gefunden werden. Zu viele Lärmrestriktionen und eingeschränkte Betriebszeiten in einem Jugendzentrum beeinflusst auch die Autonomie der Jugendlichen. Darum müssen wir der Jugend auch einen geeigneten Platz zu Verfügung stellen, der diesen Kriterien entspricht. Leider war bis jetzt die mehrjährige Standortsuche nicht von Erfolg gekrönt.

Der südöstliche Teil des Bahnhofsgelände (Güterschuppen Ziswiler) würde sich gut für einen solchen Standort eignen (ÖV-Knoten nebenan, keine langen Anfahrtswege, keine Quartierdurchgänge, Schallschutzmauern der Bahn, Industrie -und Dienstleistungsgebiet. etc.).

sig. Roland Rüfli
Thomas Bendoza
Esther Schaller

10.3.72 Motionen
42.11.01 Swisscom TV

46. Motion CVP/GLP-Fraktion betreffend Glasfasernetz in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Projektierung und Planung für den Bau eines Glasfasernetzes zu erarbeiten und das Gespräch mit Dienstleistungsanbietern und kompetenten Partnern zu suchen.

Begründung

Immer mehr Städte und Gemeinden bauen Glasfasernetze. Der Übertragung von Informationen und Signale mittels Licht gehört die Zukunft. Die Anforderungen an Geschwindigkeit und somit an höheren Bandbreiten wachsen von Jahr zu Jahr. Dies ist bei Privatpersonen wie auch bei Unternehmen der Fall. In unserer näheren Umgebung sind entsprechende Arbeiten bereits im Gange, so z. B. in der Stadt Bern.

Auf der letzten Meile bis zum Haus sind meistens noch Kupferleitungen verlegt, welche keine grossen Bandbreiten erlauben. Die Übertragungskapazität auf diesen Leitungen sind heute bereits erreicht. Bei der Glasfaser sind dank der optischen Übertragung die Kapazitätsgrenzen nahezu unbeschränkt. Ein leistungsfähiges und gut ausgebautes Glasfasernetz stärkt unsere Gemeinde als Wirtschaftsstandort und ist ein Kriterium im Standortwettbewerb. Dies gilt sowohl für Privatpersonen wie auch für Unternehmen.

Mit einem Glasfasernetz steuert unsere Gemeinde einen Beitrag ans intelligente Stromnetz (Smart Grid). Dies erlaubt künftig ein aktives Energiemanagement zu betreiben, welches den Verbrauch und die Gewinnung von Energie gezielt steuert. Ein intelligentes Stromnetz hilft Stromspitzen zu brechen und entlastet die Übertragungsnetze.

Wir sind der Ansicht, dass mit einer guten Koordination Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden können. So können Grabungsarbeiten für Wasser und Abwasser genutzt werden, um Vorarbeiten für das Glasfasernetz zu leisten. Dies verhindert, dass Strassen unnötig aufgerissen werden müssen und die Kosten für die Kabelverlegung gesenkt werden.

Der Gemeinderat hat die Möglichkeit, mit entsprechenden Dienstleistungsanbieter (TV, Internet, Telefon, Strom, etc.) und falls nötig mit weiteren Gesprächspartnern eine Strategie für das Glasfasernetz und eine entsprechende Lösung zu entwickeln. Der Gemeinderat soll dabei als unabhängige Instanz die Gesprächsführerschaft übernehmen.

sig. C. Luyet
E. Rippstein
S. Löhner
A. Toggwiler
M. Gasser

10.3.73 Postulate
10.17.00 Allgemeines
15.2.11 Bundesfeier (bis 31.12.2008 Nr. 10.1706)

47. Postulat EVP-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Nationalfeier in Ostermundigen am 1. August (statt 31. Juli) und Überprüfung der Gestaltung; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Nationalfeier in Ostermundigen ab dem Jahr 2014 wieder am 1. August stattfinden soll und wie die Feier gestaltet werden könnte.

Begründung

Seit einigen Jahren findet die 1. August-Feier in Ostermundigen am Abend des 31. Juli statt. Anlässlich des letzten Herbstmärts hat die EVP bei der Bevölkerung eine Umfrage gemacht bezüglich des Abbrennens von Feuerwerk. In diesem Zusammenhang wurden auch die Meinungen zum Zeitpunkt und zur Gestaltung der 1. August-Feier erfragt. Insgesamt haben sich 251 Personen an dieser Umfrage beteiligt.

Die Auswertung ergibt, dass sich 76 % derjenigen, die die entsprechende Frage beantwortet haben, wieder eine Feier am 1. August wünschen. 73,5 % hätten zudem gerne einen traditionellen Anlass mit Ansprache und Landeshymne. Ganz deutlich - nämlich mit 81,5 % - zeigt sich der Wunsch, dass das Abbrennen von Feuerwerk auf den 1. August beschränkt werden sollte. Die genauen Zahlen der Umfrage zeigen sich wie folgt:

Die Feier sollte wieder am 1. August stattfinden?	159 Ja	50 Nein
Die Feier soll wie bisher am 31. Juli stattfinden?	58 Ja	146 Nein
Ich wünsche mir einen traditionellen Nationalfeiertag mit Ansprache und Landeshymne?	161 Ja	58 Nein
Die Berechtigung zum Abbrennen von Feuerwerk sollte sich auf den 1. August beschränken?	185 Ja	42 Nein

Die EVP ist der Meinung, dass die Umfrage repräsentativ genug ist und deshalb Änderungen der bisherigen Gepflogenheiten nötig sind.

sig. R. Wagner
R. Bolliger
B. Schröter
S. Fels

10.3.74 Interpellationen
60.2.13 Ausländer

48. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sozialhilfe an EU-Zuzüger auch in Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

In den Zeitungen war zu lesen, dass trotz anders lautenden Versprechungen EU-Zuzüger Unterstützung in der Schweiz erhalten. Ostermundigen hat einen hohen Ausländeranteil und eine hohe Sozialhilfequote. Da stellt sich unweigerlich die Frage, ob dies auch mit der Personenfreizügigkeit zu tun hat. Daher bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender

Fragen

1. Wie hoch ist der Anteil der EU-Bürger an den Sozialhilfebezügern in Ostermundigen?
2. Gibt es auch in Ostermundigen Fälle, bei denen Sozialhilfe oder Nothilfe an EU-Zuzüger bezahlt werden oder wurden?
3. Gab es Fälle, in denen die Rückkehr in die Heimat finanziert wurde?

sig. G. Zaugg
W. Zysset
R. Hess
R. Schneiter
H.R. Hausammann
E. Hirsiger
H.P. Friedli

10.3.75 Einfache Anfragen
63.2.15 Tagespflegekinder (Vermittlung, Aufsicht)

49. Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend geschalteter Inserate für "Ferieninsel Ostermundigen" in den Tageszeitungen "Der Bund" und "Berner Zeitung" vom 18.9.2013 und 19.9.2013; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen bietet in der Zeit von Montag, 30. September 2013, bis Freitag, 11. Oktober 2013, in den Räumlichkeiten der Tagesschule Bernstrasse in Ostermundigen erstmals eine Ferieninsel für Kinder zwischen 4 und 12 Jahren an. Das Angebot richtet sich an Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren Kindern während der Herbstferien eine angemessene Betreuung zu bieten.

Fragen

1. Aus welchem Grund wurden diese Inserate geschaltet? Ist die Nachfrage nach dem neu-geschaffenen Angebot bisher ungenügend?
2. Welche anderen Möglichkeiten wurden genutzt, um das Angebot den Eltern bekanntzu-machen?
3. Wie hoch sind die Kosten für diese Inserate und über welchen Kredit werden sie abge-rechnet? Sollen noch weitere Inserate geschaltet werden?
4. Besteht nicht die Gefahr, dass die Inserate in den genannten Tageszeitungen Bürger-/innen ansprechen, die gar nicht in Ostermundigen wohnhaft sind?
5. Wie verträgt sich dieses Vorgehen mit den angespannten Gemeindefinanzen?

sig. H.R. Hausammann
W. Zysset
R. Schneiter
E. Hirsiger
L. Müller
R. Hess
H.P. Friedli

10.3.75 Einfache Anfragen
15.1.52 Fotoarchiv (bis 31.12.2008 Nr. 10.1701.3)

50. Einfache Anfrage Tobias Weibel (FDP) betreffend Fotoarchiv Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Die Welt und somit auch Ostermundigen befindet sich in ständigem Wandel und das ist gut so. Um sich vergangene Tage jedoch von Zeit zu Zeit wieder vor Augen führen zu können, ist im jährlichen Budget ein Betrag von Fr. 2'500.00 für die Erweiterung des gemeindeeigenen Fotoarchivs vorgesehen. Dieses Geld lässt die Verwaltung momentan unangetastet.

Fragen

1. Ist der Gemeinderat im Hinblick auf bereits begonnene und evtl. massive anstehende Bauvorhaben in Ostermundigen ebenfalls der Meinung, dass es schade wäre, würden diese Ressourcen nicht innerhalb nützlicher Frist investiert werden?
2. Wer auf der Verwaltung ist verantwortlich für die Umsetzung und den Unterhalt des Fotoarchivs?
3. Ist der Betrag von Fr. 2'500.00 ausreichend?

sig. T. Weibel

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Lucia Müller

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Jacques Biner

Gerhard Zaugg